



Mit liberalen Lösungen Erfolge erzielen

Bilanz der FDP-Liberale Fraktion zur Mitte der Legislatur 2015 - 2019

1. Chancenland Schweiz stärken, anstatt Wohlstand gefährden

Die FDP-Liberale Fraktion hat sich auch für die Legislatur 2015-2019 hohe Ziele gesteckt, die sie mit liberalen und marktnahen Lösungen erreichen will. Ziel unserer Politik ist es, die Freiheit des Einzelnen zu stärken, auf Selbstverantwortung, Eigeninitiative sowie Gemeinsinn zu setzen und den Föderalismus zu achten. In Zeiten des zunehmenden Populismus und der stärkeren Polarisierung ist es die Aufgabe der FDP als liberaler Pol, für nachhaltige und zielführende Reformen zu sorgen. Anstatt also Erfolge über kurzfristige Profilierungsversuche zu definieren, setzen wir uns weiterhin mit sachlichen Vorschlägen für eine offene und starke Schweiz ein.

Mit dem Wahlerfolg im Herbst 2015 konnte die FDP-Liberale Fraktion gestärkt in die neue Legislatur starten. Mit 33 Nationalrätinnen und Nationalräten zusammen mit 13 Ständerätinnen und Ständeräten spielt die FDP im Parlament eine gewichtige Rolle, um die verschiedenen Dossiers mit liberalen Ideen zu prägen. Ausser bei der Unternehmenssteuerreform III (USR III), die eine schmerzliche Niederlage darstellt, konnte die FDP bei eidgenössischen Volksabstimmungen jeweils eine Mehrheit der Stimmbevölkerung von ihren Standpunkten überzeugen. Keine andere Partei hat einen so makellosen Leistungsausweis. Das ist keine Selbstverständlichkeit und Resultat unserer konsequenten Arbeit im Parlament. Dabei ist es manchmal auch wichtig standhaft und damit glaubwürdig zu bleiben, wenn eine Vorlage nicht überzeugend ist. Dies hat die FDP erfolgreich bei der Altersvorsorge 2020 unter Beweis gestellt. Anstatt dem Druck von Mitte-Links nachzugeben, haben wir erfolgreich aufgezeigt, dass diese Scheinreform mit einer kurzfristigen Zückerchenpolitik schädlich ist. Die Ablehnung der USR III hat aber auch gezeigt, dass breite Kompromisse im Parlament für die Bevölkerung nicht immer nachvollziehbar sind. Daraus gilt es zu lernen und mit der Steuervorlage 17 eine breit abgestützte Vorlage zu erarbeiten, die nicht nur die konforme Besteuerung der Unternehmen gewährleistet, sondern auch die Stimmbevölkerung überzeugt.

Auch dank der neuen Zusammensetzung des Bundesrates ist die FDP in einer sehr guten Ausgangslage. Mit der überzeugenden Wahl unseres neuen Bundesrates Ignazio Cassis konnte die FDP im Sommer 2017 einen grossen Erfolg feiern und sich das Tessin endlich wieder über eine Vertretung im Bundesrat freuen. Mit der Weiterführung des grossen Erbes von Didier Burkhalter als Aussenminister können wir uns auch in Zukunft direkt für die wichtigen aussenpolitischen Beziehungen und damit für den bilateralen Weg verantwortlich zeichnen. An dieser Stelle dankt die Partei und die Fraktion Didier Burkhalter herzlich für sein aussergewöhnliches Engagement im Dienst der Partei, unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger. Mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann steht zudem weiterhin ein erfolgreicher Unternehmer an der Spitze des WBF. Er weiss, was es braucht, um den Wirtschaftsstandort Schweiz kompetitiv und dynamisch zu halten, und um die diversen, internationalen Herausforderungen zu meistern. So sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land.

Die Erfolge dieser Legislatur dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Herausforderungen nicht weniger werden und das Erfolgsmodell Schweiz von verschiedenen Seiten gefährdet wird. Auf der einen Seite versuchen konservative Kreise den für unser Land wichtigen bilateralen Weg zu unterminieren und die Schweiz durch gefährliche Initiativen z.B. zur Kündigung der Personenfreizügigkeit international zu isolieren. Auf der anderen Seite werden mit der kürzlich lancierten 99%-Initiative oder der Konzernverantwortungsinitiative Arbeitsplätze in unserem Land fahrlässig auf das Spiel gesetzt. Anstatt den Wohlstand der Schweiz mit polemischen Vorlagen zu gefährden, müssen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die FDP wird darum auch in der zweiten Legislaturhälfte wichtige Herausforderungen wie die Digitalisierung aktiv thematisieren, um die Chancen aufzuzeigen und den Fortschritt zu fördern.

2. Erfolge und Ziele der FDP-Liberale Fraktion

Die FDP konnte mit ihren reformorientierten Vorschlägen im Parlament wichtige Erfolge erzielen, die erneut aufzeigen, dass eine konsensorientierte Politik zugunsten von vernünftigen Lösungen funktioniert. Dabei blieben wir immer glaubwürdig und haben mit unserer liberalen Haltung überzeugt. Daran können sich Gesellschaft und Wirtschaft orientieren und profitieren von langfristiger Rechtssicherheit – einer der wichtigsten Standortvorteile der Schweiz. Damit die Schweiz auch in Zukunft eine so hohe Lebensqualität bietet, dürfen wir die hervorragenden Rahmenbedingungen nicht fahrlässig aufs Spiel setzen. Die FDP wird sich darum auch in der zweiten Legislaturhälfte dafür einsetzen, dass konstruktive und reformorientierte Lösungen zugunsten des Erfolgsmodells Schweiz erarbeitet werden – **aus Liebe zur Schweiz.**

I. Sicherung des bilateralen Wegs

Die FDP ist die Gralshüterin des Bilateralen Wegs. Als einzige Partei hat sie diesen immer ohne Wenn und Aber unterstützt. Er sichert sowohl für die Unternehmen wie auch für die Bevölkerung den zentralen Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Dieser ist unentbehrlich, weil die EU in wirtschaftlicher, (sicherheits-)politischer und kultureller Hinsicht unser wichtigster Partner ist. Diese Position hat die FDP in diversen Resolutionen und Positionspapieren¹ wiederholt untermauert. Auch in dieser Legislatur hat sich die Fraktion wirksam für diesen Themenschwerpunkt eingesetzt.

› Bilanz der ersten Legislaturhälfte:

Nach dem gescheiterten Versuch des Bundesrates, Verhandlungen über die Anpassung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU aufzunehmen, übernahm das Parlament im Frühjahr 2016 unter der Federführung der FDP das Zepter in der Umsetzung der Masseinwanderungsinitiative. Die FZA-konforme Umsetzung mit einem Inländervorrang garantiert den Erhalt der bilateralen Verträge und verschafft gleichzeitig den inländischen Arbeitskräften bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Mit der besseren Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials wird als logische Folge die Zuwanderung in den Schweizer Arbeitsmarkt sinken. Ferner wurden mit der Umsetzungsgebung die Kriterien für den Aufenthalt in der Schweiz (für Personen aus EU/EFTA-Raum) und der Bezug von Sozialleistungen auf Gesetzesstufe konkretisiert. Damit hat der Gesetzgeber die langjährige Forderung der FDP, wonach der Aufenthalt in der Schweiz an die Arbeitnehmereigenschaft gebunden ist, bestätigt. Komplementär zur erfolgreichen MEI-Umsetzung hat sich die FDP dafür eingesetzt, dass die Einwanderung aus Drittstaaten durch strengere Voraussetzungen für

¹ Resolution „[Bekenntnis zu den Bilateralen](#)“ (01.10.2016); Positionspapier „[Bilateralen Weg sichern und weiterentwickeln – Rote Linien und Forderungen der FDP](#)“ (27.06.2015)

den Familiennachzug beschränkt wird. Mit dem im Dezember 2016 verabschiedete Integrationsgesetz wurden mehrere Vorstösse der FDP² zugunsten einer harten, aber fairen Einwanderungspolitik umgesetzt.

› **Herausforderungen und Ziele der zweiten Legislaturhälfte:**

Zurzeit belasten aussen- und innenpolitische Elemente die Beziehung zur EU gleichermassen. In der Aussenpolitik hat die EU den Druck wieder erhöht. Vor dem Hintergrund des Brexit drängt die EU auf einen raschen Abschluss eines Rahmenabkommens und spielt dabei mit den Muskeln (befristete Gewährleistung der Börsenäquivalenz). Innenpolitisch wird eine institutionelle Lösung seitens SVP bereits jetzt massiv bekämpft, obschon noch kein konkretes Verhandlungsergebnis vorliegt. Weitere innenpolitische Stolpersteine sind das mögliche Referendum gegen die EU-Waffenrechtsrichtlinie (Schengen), die FZA-Kündigungsinitiative der SVP, die Kohäsionsmilliarde oder die Selbstbestimmungsinitiative. Das Ziel von nachhaltigen und stabilen bilateralen Beziehungen zur EU stellt darum eine der grössten politischen Herausforderungen in der zweiten Legislaturhälfte dar. Die FDP wird sich darum weiterhin für die Stabilisierung der Beziehungen, Rechtssicherheit und die Weiterentwicklung des bilateralen Weges einsetzen. Diesbezüglich zählt aus Sicht der FDP nicht ein möglichst rasches, sondern ein inhaltlich gutes Verhandlungsergebnis. Wir wollen eine langfristige Sicherung des Marktzuganges, weil sowohl Unternehmen wie auch die Bevölkerung stark davon profitieren.

II. Nachhaltige Reform der Altersvorsorge

Die FDP will eine sichere und nachhaltig finanzierte Altersvorsorge. Eine sinkende Geburtenrate, tiefe Zinsen und eine steigende Lebenserwartung stellen die Finanzierung der ersten beiden Säulen in Frage. Der Reformbedarf ist unbestritten. Die Fraktion hat darum alles daran gesetzt, um eine echte Sanierung der Vorsorgesysteme zu ermöglichen.

› **Bilanz der ersten Legislaturhälfte:**

Für die FDP war die Aufgabe zu Beginn dieser Legislatur klar: Unsere Sozialwerke müssen mittels einer nachhaltigen Reform, die den Generationenvertrag respektiert und die finanziellen Probleme des Rentensystems nachhaltig löst, stabilisiert werden. Die vom Parlament verabschiedete Altersvorsorge 2020 wurde diesen Ansprüchen nicht gerecht und darum von der FDP bekämpft. Das hat auch eine Mehrheit der Wähler (53%) und der Kantone so interpretiert und das von Mitte-Links vorgeschlagene Reformpaket abgelehnt. Im Laufe der Verhandlungen hatte die FDP mehrmals und leider erfolglos betont, dass Kompensationsmassnahmen für Rentenausfälle nur innerhalb der gleichen Säule funktionieren können. Die Vorschläge der FDP zur Kompensation innerhalb der zweiten Säule wurden von der Parlamentsmehrheit aber abgelehnt. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass Massnahmen nach dem Giesskannenprinzip weder nachhaltig sind, noch vom Volk akzeptiert würden. Bereits kurz nach der parlamentarischen Beratung zeigte die FDP schliesslich mit dem Factsheet³ zum Plan B einen alternativen Weg für eine Reform der Altersvorsorge.

› **Herausforderungen und Ziele der zweiten Legislaturhälfte:**

Eine Ende 2017 durchgeführte Umfrage hat ergeben, dass die Altersvorsorge die grösste Sorge der Schweizerinnen und Schweizer ist. Die Dringlichkeit dieser Thematik ist allen bewusst. Darum fordert die FDP, dass eine generationengerechte und finanziell nachhaltige Reform noch in dieser

² Beispielsweise [08.406](#) Pa.Iv. Müller P. „Rückstufung eines niedergelassenen integrationsunwilligen Ausländers zum Jahresaufenthalter“; [08.428](#) Pa.Iv. Müller P. „Kein Familiennachzug bei Bezug von Ergänzungsleistungen“; [10.485](#) Pa.Iv. Müller P. „Vereinheitlichung beim Familiennachzug“

³ Factsheet „[Plan B nach der Ablehnung der Rentenreform](#)“ (22.05.2017)

Legislatur vors Volk kommt. In der Ende Dezember 2017 vom BR Berset angekündigten Stossrichtung scheint es so, dass der Plan B der FDP zum Plan A des Bundesrats geworden ist, was natürlich begrüsst wird. Wir sind explizit darüber erfreut, dass die neue Vorlage eine getrennte Reform der 1. und 2. Säule vorsieht. Der vorgeschlagene Arbeitsrhythmus des Bundesrats muss aber deutlich beschleunigt werden. Ein Inkrafttreten per 1. Januar 2020 ist weiterhin ein erreichbares Ziel. Alle notwendigen Massnahmen sind aufgrund der ausführlichen Beratung der AV 2020 bekannt. Darum muss die parlamentarische Behandlung des neuen Geschäftes bereits 2018 beginnen. Die FDP wehrt sich auch gegen jegliche Verzögerungen im BVG-Dossier. Die Sozialpartner müssen jetzt beauftragt werden, die Arbeiten zur Eindämmung der systemwidrigen Umverteilung von Jung zu Alt im BVG aufzunehmen.

III. Attraktives steuerliches Umfeld

Die Schweiz braucht attraktive und international wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen für Privatpersonen und Unternehmen. Das Steuersystem für natürliche Personen muss weiter vereinfacht werden und neue Ideen wie die Individualbesteuerung miteinbeziehen. Die Unternehmensbesteuerung ist die wichtigste wirtschaftspolitische Baustelle: Es muss ein mehrheitsfähiger Kompromiss gefunden werden, welcher den Standort Schweiz stärkt.

› Bilanz der ersten Legislaturhälfte:

Die Bilanz der FDP ist in diesem Themenschwerpunkt leider durchgezogen. Die Unternehmenssteuerreform III (USR III) wurde vom Volk am 12. Februar 2017 mit 59.1 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Die Vorlage wurde gemäss der Abstimmungsauswertung vom Volk als zu komplex wahrgenommen. Zudem waren die finanziellen Auswirkungen zu wenig klar. Wir haben es somit nicht geschafft, zu vermitteln, dass diese Reform Steuereinnahmen in Milliardenhöhe sichert. Zudem wurde unser Fraktionsvorstoss zu einem Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer im Frühjahr 2016 im Parlament abgelehnt. Unternehmen werden somit vorerst weiterhin unter der Bürokratie aufgrund der verschiedenen Sondersätze und Ausnahmen leiden. Als Erfolg verbuchen können wir hingegen, dass die unnütze Initiative gegen die Heiratsstrafe abgelehnt wurde. Die Stimmbevölkerung ist der Empfehlung der FDP gefolgt und hat 2016 die Initiative der CVP zur Abschaffung der Heiratsstrafe mit 50,8 Prozent der Stimmen abgelehnt. Diese hätte nur dem Namen nach die steuerliche Benachteiligung von gewissen Ehepaaren gegenüber Unverheirateten beseitigt. Stattdessen wäre ein traditioneller Ehebegriff in die Verfassung geflossen und die gemeinschaftliche Besteuerung verankert worden.

› Herausforderungen und Ziele der zweiten Legislaturhälfte:

Die wichtigste wirtschaftspolitische Herausforderung bleibt die Reform der Unternehmensbesteuerung. Auch mit der schmerzlichen Ablehnung der USR III besteht die Notwendigkeit, die international nicht mehr konformen Steuerregime abzuschaffen und für ein wettbewerbsfähiges steuerliches Umfeld zu sorgen, damit Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in der Schweiz gesichert werden. Die FDP wird sich entsprechend dafür einsetzen, dass Kantone international konforme steuerliche Massnahmen ergreifen können, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Allfällige sozialpolitische Begleitmassnahmen als Zückerchen, wie die Erhöhung der Kinderzulage, liegen grundsätzlich in der Kompetenz der Kantone. Die Ausgangssituation ist in jedem Kanton anders und diesen Unterschieden muss Rechnung getragen werden. Die FDP begrüsst daher auch, dass sich die Kantone dazu bereit erklärt haben, die konkrete Ausgestaltung auf Ebene Kanton und Gemeinden bereits parallel zur Parlamentsdebatte bekannt geben zu wollen. Das Stimmvolk hat aus Unsicherheit über die Folgen der Reform Nein gesagt. Dieser Unsicherheit müssen wir bei der neuen Vorlage beseiti-

gen. Im Bereich der Familienbesteuerung liegt nach der Ablehnung der Initiative der CVP zur Beseitigung der Heiratsstrafe der Ball beim Bundesrat. Dieser muss entscheiden, auf welchem Weg er die zum Teil vorhandene steuerliche Benachteiligung von verheirateten Ehepaaren beseitigen will. Die FDP setzt sich weiterhin dafür ein, dass keiner aufgrund seines Zivilstandes steuerlich benachteiligt wird und keine negativen Arbeitsanreize durch das Steuersystem bestehen. Der Einheitssatz in der Mehrwertsteuer bleibt ebenfalls ein Ziel der FDP – brächte er doch Einsparungen in der Höhe von mehreren 100 Millionen Franken.

IV. Verbesserung der digitalen Rahmenbedingungen

Die Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft und Wirtschaft grundlegend. Der Wandel klassischer Wertschöpfungsketten und neue Technologien schaffen Chancen für neue Geschäftsmodelle, Prozesse und Arbeitsplätze. Um diese Chancen optimal nutzen zu können, braucht es liberale Rahmenbedingungen. Die notwendigen Anpassungen des regulatorischen Umfelds hat die FDP in ihrem aktuellen Positionspapier⁴ zusammengefasst und in der parlamentarischen Beratung bereits mit diversen Vorstössen eingebracht.

› **Bilanz der ersten Legislaturhälfte:**

Bereits zu Beginn dieser Legislatur hat die FDP deutlich aufgezeigt, dass sie im Bereich der Digitalisierung allen anderen Parteien einen Schritt voraus ist. Das beweisen die diversen Forderungen, die im Parlament eingereicht und von welchen einige bereits an den Bundesrat überwiesen wurden. So forderte die FDP im Bereich der digitalen Wirtschaft eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Home Office, Optimierungen für Start-ups bei der Arbeitszeiterfassung oder die Einführung eines neuen Status für Selbstständigerwerbende in Plattform-Beschäftigung. Damit der mühsame Gang zur Verwaltung eine Seltenheit wird, hat die FDP auch eine rasche Verbreitung des E-Government gefordert. Mit den von der FDP geforderten Bedingungen für eine nationale E-ID wird die Basis dafür gelegt und nachhaltige Bürokratie abgebaut. Bereits an den Bundesrat überwiesen wurde die Forderung der FDP, die gesetzlichen Grundlagen für das automatisierte und autonome Fahren so flexibel wie möglich zu gestalten, damit auf die rasanten technischen Entwicklungen genügend rasch reagiert werden kann. Weitere wichtige Anliegen der FDP wurden mit der Annahme der Motionen zur Schaffung eines zivilen Cybersecurity-Kompetenzzentrums und eines militärischen Cyberabwehr-Kommandos erfolgreich durch die Bundesversammlung behandelt. Der Bundesrat ist nun gefordert, aktiv zu werden.

› **Herausforderungen und Ziele der zweiten Legislaturhälfte:**

Die FDP setzt sich dafür ein, dass Wirtschaft und Gesellschaft in der Schweiz auch in Zukunft von möglichst vorteilhaften Rahmenbedingungen profitieren. Voraussetzung dafür ist die ständige Verbesserung unserer Basisinfrastrukturen. Konkret fordern wir vom Bundesrat, dass der Übergang zur 5G-Mobilfunktechnologie möglichst rasch und einfach erfolgt. Die FDP will in der Revision des Fernmeldegesetzes (FMG) darauf hinarbeiten, dass die Schweiz im Bereich der Telekommunikation gebührend auf die raschen technologischen Entwicklungen reagieren kann. Zudem sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Investitionen in die Hochbreitbandnetze und der Wettbewerb zwischen den Anbietern gefördert werden. Eine weitere wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Meisterung der digitalen Herausforderungen ist die Bildung. Das Bildungssystem muss sich den veränderten Voraussetzungen der Digitalisierung anpassen und digitales Wissen und die MINT-Fächer fördern. Dies beginnt bereits während der obligatorischen Schule und umfasst auch die Weiterbildungen. Die digitale Bildungsoffensive, wie von BR Schneider-Ammann vorgeschlagen, wird begrüsst. Für die FDP ist es wichtig, dass diese Offensive eine Breitenwirkung

⁴ Positionspapier „[Chancen der Digitalisierung](#)“ (26.11.2016)

erzielt, damit z.B. nicht nur die Spitzenforschung sondern auch die älteren Arbeitnehmer davon profitieren. Auch wollen wir den Technologietransfer von Wissenschaft zum Markt und die Zusammenarbeit der Wirtschaft und Forschung verbessern. Auf dem Weg zum digitalen Bürger stellt das angekündigte E-ID-Gesetz eine politische Herausforderung dar. Während die Linken auf eine vollständig staatliche Lösung pochen, verlangt die FDP eine Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten. Dabei soll der Staat nur die amtlichen Identitätsmerkmale bestätigen. Für die Entwicklung und die Herausgabe der technologischen Träger der E-ID sollen hingegen Private, die schneller auf die dynamischen Entwicklungen reagieren können, zuständig sein.

Anhang

I. Weitere Erfolge in der ersten Legislaturhälfte

- › **Schlankes FIDLEG/FINIG vorgespurt:** Die FDP hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Parlament seit 2016 die Weichen legt, damit im Bereich des Kundenschutzes ein schlankes Gesetz verabschiedet werden kann, welches sowohl den internationalen Gepflogenheiten folgt wie auch für gleich lange Spiesse unter den Finanzdienstleistern sorgt. Gleiche Produkte oder gleiche Dienstleistungen sollen gleichen Regeln unterstehen. Die Gesetze müssen in der zweiten Legislaturhalbjahrzeit noch verabschiedet werden.
- › **Stabilisierungsprogramm 2017-2019 verabschiedet:** Mit dem Einsatz der FDP konnte das Parlament 2017 ein Stabilisierungsprogramm verabschieden, welches dem Ausgabenwachstum des Bundes gewisse Schranken setzt. Doch die Massnahmen blieben hinter den Vorschlägen des Bundesrates zurück. Weitere Entlastungen werden notwendig sein, damit die Schuldenbremse auch in Zukunft eingehalten werden kann. Die FDP hat daher im November 2017 ein Positionspapier mit Forderungen im Bereich der Finanzpolitik vorgestellt.
- › **Genug Mittel für den BFI-Bereich:** Der Bereich Bildung, Forschung und Innovation sind drei Teilbereiche, die eng miteinander verbunden und zentral sind. Der Erfolg unseres Landes beruht auf einem hochrangigen und arbeitsmarktbezogenen Bildungssystem. Die Diskussionen in beiden Räten zur BFI-Botschaft wurden durch das Abwägen zwischen zwei Prioritäten geprägt: Zum einen müssen ausreichende Mittel für den BFI-Bereich sichergestellt werden und zum anderen muss der vorgesehene Finanzierungsrahmen eingehalten werden. Die FDP hat sich schliesslich für einen Kompromiss zwischen erhöhten Ausgaben und einer sparsamen Haushaltsführung eingesetzt. Die Wettbewerbsfähigkeit der Forschung und Innovation zu erhalten und gleichzeitig einen soliden Finanzhaushalt zu gewährleisten, sind beides wichtige Anliegen der FDP. Es ist zentral, dass der Bildungsbereich sich im internationalen Wettbewerb auch in Zukunft behaupten und somit seine weltweit führende Position bei der Innovation festigen kann.
- › **Nachhaltige Finanzierung der Verkehrsinfrastrukturen:** Am 12. Februar 2017 ist das Volk mehrheitlich (62%) der Parole der FDP gefolgt und hat der Schaffung eines Nationalstrassenfonds (NAF) zugestimmt. Dieser Fonds soll den Ausbau und den Unterhalt des schweizerischen Nationalstrassennetzes sicherstellen. Bereits in ihrem Positionspapier «Mobilität so gut wie eine Schweizer Uhr» vom 2013 hatte die FDP einen Fonds für die Nationalstrassen gefordert, nach dem Muster des 2014 vom Volk angenommenen Fonds für die Finanzierung der Bahninfrastruktur (FABI). Die FDP hatte sich in den Verhandlungen im Parlament aktiv eingesetzt, um einen Kompromiss zu finden, der nicht nur die bürgerlichen Parteien sondern auch die betroffenen Verkehrsorganisationen zufriedenstellte: Die Gesamtheit der Einnahmen aus der Motofahrzeugsteuer und der Autobahnvignette, sowie eine Elektrofahrzeugsteuer werden in den Fonds fliessen. Zudem ist es der FDP gelungen, die Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlags auf 4 Rappen, statt auf die vom Bundesrat vorgesehenen 6 Rappen, zu beschränken. Schliesslich konnte die FDP ihre Forderung zur Erhöhung des Anteils der Mineralölsteuereinnahmen, die in den NAF fliessen, durchsetzen.
- › **Energiestrategie 2050 bereinigt:** Eine Mehrheit der FDP-Fraktion wie auch der Delegierten sah das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 als eine Chance an. Damit hat auch die FDP dazu beigetragen, dass die Änderung des Energiegesetzes im Frühling 2017 an der Urne mit 58% angenommen wurde. Der Basis dafür konnte die FDP in der Beratung im Parlament legen, wo die Vorlage deutlich im Sinne einer marktnäheren Energiepolitik verbessert wurde. Als wichtigster Erfolg konnte die FDP erreichen, dass die Subventionsmodelle endlich ein Ablaufdatum erhalten

haben und damit der Weg frei wird für marktnahe Strommarktmodelle. Zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden konnte die FDP zudem eine steuerliche Abzugsfähigkeit von energetischen Gebäudesanierungen im Gesetz verankern. Die wirksamen Massnahmen zur Erreichung der ambitionierten Ziele müssen aber erst noch definiert werden.

- › **Entwurf zum Tabakproduktgesetz zurückgewiesen:** Auf Antrag der FDP hat das Parlament beschlossen, den Entwurf zum Tabakproduktgesetz zurückzuweisen. Der vom Bundesrat vorgeschlagene Text sah vor, die Bürgerinnen und Bürger zu bevormunden und die Wirtschaftsfreiheit der Unternehmen zu gefährden. Die FDP hat den Bundesrat beauftragt, sich auf den Schutz der Minderjährigen zu konzentrieren, mit der Einführung des Mindestalters 18 für den Erwerb von Tabakprodukten und dem Verbot von speziell an Minderjährige gerichteter Werbung. Aufgrund der immer geringeren Anzahl an Raucherinnen und Rauchern müssen die den Unternehmen aufgezwungenen Beschränkungen aufgehoben werden. Die FDP hat auch gefordert, dass die Thematik einer Gesetzgebung für E-Zigaretten angegangen wird. Zurzeit läuft das Vernehmlassungsverfahren zur neuen Vorlage des Bundesrats, zu welcher sich die FDP in den nächsten Monaten äussern wird.

II. Weitere Herausforderungen und Ziele

- › **Gegen eine Überregulierung der Wirtschaft:** Die FDP setzt sich für eine Deregulierung und die Abschaffung unnötiger oder gefährlicher Massnahmen für den Standort Schweiz ein. Massnahmen zur Einführung von Geschlechter-Richtwerten in den Verwaltungsräten und in der Geschäftsleitung von börsenkotierten Firmen, wie sie in der Revision des Aktienrechts gefordert werden, stellen eine Überregulierung und unnötige Erhöhung der Bürokratie dar. Ausserdem ist die geforderte Regulierung der Konzernverantwortungsinitiative ein gefährliches Experiment und wird von der FDP bekämpft. Die Initiative sieht einen Alleingang der Schweiz vor und bedroht den Standort Schweiz.
- › **Weiterentwicklung der Agrarpolitik:** Im parlamentarischen Verfahren befinden sich einerseits noch die Fair-Food-, die Ernährungssouveränitäts- und die Hornkuhinitiative. Das Parlament hat mit der Vorlage zur Ernährungssicherheit, welche vom Volk 2017 klar angenommen wurde, aber bereits eine genügende Grundlage gelegt für eine zukunftsgerichtete Landwirtschaft. Weitere bevormundende, importbeschränkende und unnötige Initiativen sind daher aus Sicht der FDP klar abzulehnen. Andererseits hat der Bundesrat 2017 eine Gesamtschau zur Agrarpolitik vorgestellt und wird voraussichtlich noch 2018 die Agrarpolitik ab dem Jahr 2022 (AP22+) in die Vernehmlassung schicken. Für die FDP liegt die Zukunft der Schweizer Landwirtschaft in einer qualitativ hochstehenden Produktion in einem liberalisierten und wettbewerbsfähigen Umfeld.
- › **Keine Aufweichung der Schuldenbremse:** Der Bundesrat, die SP und CVP verfolgen weiterhin den Plan, die bewährte Schuldenbremse – Teil des Erfolgsmodells der Schweiz – aufzuweichen. Dies kommt für die FDP nicht infrage und wir werden dieses bewährte Konzept weiterhin verteidigen. Keinesfalls dürfen wir den kommenden Generationen einen Schuldenberg hinterlassen. Die Bundesfinanzen werden die nächsten Jahre weiter unter Druck kommen, weil der Anteil der gebundenen Ausgaben weiter steigt und zentrale Investitionen anstehen. Umso wichtiger ist es, dass die FDP sich für nachhaltige Finanzen und die Schuldenbremse einsetzt.
- › **Nationaler Finanzausgleich optimieren (NFA):** Der Wirksamkeitsbericht zum NFA wird 2018 aufzeigen, wo Handlungsbedarf besteht. Für die FDP ist die Notwendigkeit eines angemessenen horizontalen Finanzausgleichs zwischen den Kantonen unbestritten. Die Solidarität darf aber nicht überstrapaziert werden. Insbesondere müssen auch die Anreize so gesetzt werden, dass auch finanzschwache Kantone sich verbessern wollen und nicht dafür bestraft werden.

- › **Gefährliche Vollgeldinitiative ablehnen:** Die Initiative wäre ein gefährliches Experiment für den Finanzplatz Schweiz, welches auch grosse Risiken für die Kreditvergabe an Unternehmen und Privatpersonen bedeuten würde. Der Finanzplatz Schweiz ist durch die Too-big-to-fail Massnahmen bereits deutlich sicherer als zu Zeiten der Finanzkrise. Ein weltweit einmaliges Experiment wie die Vollgeldinitiative würde diese Stabilität sicher nicht stärken, sondern vielmehr schwächen. Die Schweiz ist kein währungspolitisches Versuchslabor, sondern eine entwickelte Volkswirtschaft, die durch solche Experimente nichts gewinnen, aber viel verlieren kann.
- › **Kostenanstieg im Gesundheitswesen eindämmen:** Die Kosten unseres Gesundheitswesens steigen unaufhörlich. Hauptursachen dafür sind neben einer ganzen Reihe von strukturellen Problemen die Überalterung der Bevölkerung und die Nutzung von immer teureren Technologien. Viele der vorgeschlagenen 38 Massnahmen von der vom Bundesrat beauftragten Expertengruppe werden den im Gesundheitswesen schon fest verankerten Dirigismus verstärken. Sollte der Bundesrat sich für Lösungen entscheiden, die in diese Richtung gehen, würde sich die FDP dagegen wehren. Die FDP fordert stattdessen mehr Wettbewerb und mehr Eigenverantwortung der Versicherten. Ausserdem wird die Partei weiterhin die Versicherten verteidigen, die bereit sind, ein höheres finanzielles Risiko mitzutragen. Die FDP wird sich auch gegen jegliche Versuche einsetzen, die maximalen Rabatte für die Wahlfranchisen zu reduzieren. Schliesslich muss endlich eine einheitliche Finanzierung von stationären und ambulanten Spitalleistungen geschaffen werden sowie die Blockade bei der Überarbeitung des Tarmed aufgehoben werden.
- › **Die Medienlandschaft an eine sich konstant verändernde Umwelt anpassen:** Die heftige Diskussion zur No-Billag-Initiative zeigt, dass die Schweizer Medienlandschaft modernisiert werden muss. Obwohl die FDP sich gegen die Initiative ausgesprochen hat, behält sie sich das Recht, im Parlament aktiv zu werden, falls der Bundesrat keine konkreten Vorschläge zur Verbesserung der Medienregulierung präsentiert. Die FDP fordert, dass die lang verzögerte Diskussion um die Definition vom Service Public endlich stattfindet. Die Medienvielfalt muss in der Schweiz erhalten werden. Konkret sollten private Medienanbieter von einer Lockerung der Werberegulierung und von einem Zugang zu gebührenfinanzierten SRG-Inhalten profitieren.
- › **Marktnahe Klima- und Energiepolitik ermöglichen:** Nachdem der Bundesrat mit der Unterstützung des Parlamentes und auch der FDP das Pariser Klima-Übereinkommen ratifiziert hat, setzt sich die FDP nun dafür ein, dass die Umsetzung des ambitionierten Gesamtzieles in der Schweiz so flexibel und wirtschaftsfreundlich wie möglich vollzogen wird. Darum wehren wir uns in der Totalrevision des CO₂-Gesetzes auch deutlich gegen starre Quoten für die In- und Auslandsreduktion der Treibhausgase oder gegen versteckte Technologieverbote. Zentrale Voraussetzungen, um die Reduktionsziele der Schweiz zu erreichen, sind international kompatible Systeme und Anforderungen. Auch in der Energiepolitik wird die FDP sich für eine wichtige Weichstellungen in Richtung mehr Marktwirtschaft einsetzen. Einerseits fordern wir die rasche Umsetzung der kompletten Strommarktöffnung. Andererseits braucht es eine Ablösung des fixen Wasserzinses hin zu einem flexiblen Modell.
- › **Föderale Raumplanung und Wohnungspolitik stärken:** Das Parlament wird sich im weiteren Verlauf dieser Legislatur mit diversen Volksinitiativen befassen müssen, die erneut die föderal aufgebaute Raumplanung wie auch Wohnungspolitik schwächen wollen. Die FDP wird sich entsprechend dagegen wehren, dass nationale Mindestquoten für den genossenschaftlichen Wohnungsbau eingeführt werden (Ablehnung der VI „Mehr bezahlbare Wohnungen“). Ebenfalls wird sich die FDP im Parlament gegen die Zersiedlungsinitiative einsetzen, die zu starre nationale Regeln für das Bauen ausserhalb der Bauzonen festlegen will und die Kompetenz der Kantone beschränkt. Damit der Schutz des Kulturlandes wirklich durchgesetzt werden kann, braucht es eine vollständige

Umsetzung der ersten Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG). Bevor dies nicht der Fall ist, wehrt sich die FDP auch gegen eine weitere Revision des RPG.

- › **Terrorismus bekämpfen:** Die hohe Zustimmung der Bevölkerung zum neuen Nachrichtendienstgesetz war ein wichtiger Schritt, um erfolgreiche Massnahmen Terrorismusbekämpfung umzusetzen. Hingegen ist die Forderung der FDP nach einem griffigeren strafrechtlichen Instrumentarium bisher unerfüllt. Zwar hat das EJPD nun endlich eine Vorlage zur Bekämpfung von Terrorismus präsentiert, aber erst auf äusseren Druck hin (Europaratsabkommen). Die FDP fordert bereits seit Anfang dieser Legislatur eine eigenständige Terrorismusstrafnorm, die auch Vorfeldtaten unter Strafe stellt. Diese Forderung werden wir in der Beratung erneut einbringen.

III. Von der FDP-Fraktion eingereichte Vorstösse

Ein wichtiges Instrument für die FDP-Liberale Fraktion, um der nationalen Politik ihren Stempel aufzudrücken und sie mit liberalen Ideen zu prägen, sind die diversen parlamentarischen Vorstösse. Auch in der ersten Hälfte der laufenden Legislatur war die Fraktion mit zahlreichen eingereichten Vorstössen aktiv. Damit bringt die FDP die Positionentscheide der Delegiertenversammlung, ihres höchsten Organs, in das Parlament ein.

Mit ihren Vorstössen ist die FDP sehr erfolgreich: Von 16 von der Fraktion eingereichten Motionen, Postulaten oder Parlamentarischen Initiativen sind bereits 6 überwiesen oder auf gutem Weg dazu⁵. Das sind über 35% - eine beachtliche Erfolgsquote. Vor allem wenn man bedenkt, dass einige dieser Vorstösse noch gar nicht behandelt wurden.

Beispiele für wichtige Vorstösse der letzten zwei Jahre:

- › **16.4011 Mo. Digitalisierung. Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung:** Das Parlament hat die Motion bereits an den Bundesrat überwiesen. Damit soll sichergestellt werden, dass Unternehmen nicht die gleichen Daten und Informationen an verschiedene Behörden liefern müssen. Ein wichtiger Schritt hin zum Bürokratieabbau.
- › **17.3049 Mo. Digitalisierung. Weg frei für automatisierte und selbstfahrende Fahrzeuge:** Mit der Annahme durch beide Räte soll der Bundesrat die Möglichkeit erhalten, die gesetzgeberische Flexibilität zu schaffen, um zeitnah mit den technischen Entwicklungen und im Gleichschritt mit dem internationalen Rechtsrahmen die notwendigen regulatorischen Anpassungen vornehmen zu können.
- › **17.3607 Mo. Regelmässige Tarifpflege im KVG. Gute Qualität bei bezahlbaren Kosten:** Der Nationalrat hat sich mit der Überweisung dieser Motion klar dazu bekannt, dass der Tarmed von den Tarifpartnern regelmässig angepasst und weiterentwickelt wird. Angesichts der vorherrschenden Verhandlungsblockade braucht es eine Anpassung des Genehmigungsverfahrens.

Die Auflistung aller von der Fraktion eingereichten Vorstösse in dieser Legislatur ist auf der nächsten Seite zu finden.

⁵ Erfolgreich bedeutet: Pa.Iv in beiden Räten Folge gegeben oder Motionen/Postulate in einem Rat oder in beiden Räten überwiesen oder vom Bundesrat zur Annahme beantragt.

Eingereichte Vorstösse

Motionen, Interpellationen, Postulate, Anfragen, eingereichte Initiativen

2017

Frühlingsession (27.2. – 17.3.17)

17.3049	Mo. Fraktion RL. Digitalisierung. Weg frei für automatisierte und selbstfahrende Fahrzeuge
17.3083	Mo. Fraktion RL. Digitalisierung. Eine elektronische Identität für den landesweiten Bürokratieabbau

Sommersession (29.5. – 16.6.17)

17.1040	A Fraktion RL. Ausbau der Mobilfunknetze für die Digitalisierung der Schweiz
17.3607	Mo. Fraktion RL. Regelmässige Tarifpflege im KVG. Gute Qualität bei bezahlbare Kosten

Wintersession (27.11. – 15.12.17)

17.4087	Po. Fraktion RL. Digitalisierung. Ein neuer Status für den Arbeitsmarkt?
-------------------------	--

2016

Frühlingsession (29.2. – 18.3.16)

16.3110	Mo. Fraktion RL. Krankenversicherung. Regelmässige Anpassung der Franchisen
16.3111	Mo. Fraktion RL. Wahlfreiheit und Eigenverantwortung stärken. Maximalfranchise in der OKP erhöhen
16.3112	Mo. Fraktion RL. Krankenversicherung. Mindestfranchise in der Krankenversicherung endlich anpassen
16.402	Pa.Iv. Fraktion RL. Legislaturplanung. Abschaffung unnötiger Kosten im Parlamentsbetrieb

Sommersession (30.5. – 17.6.16)

16.3360	Mo. Mit einer Regulierungsbremse den Anstieg der Regulierungskosten eindämmen
16.3403	Ip. Fraktion RL. Stand Integrationsvereinbarungen für Zugewanderte aus Drittstaaten
16.3404	Ip. Fraktion RL. Wo bleibt der Bericht zum Status vorläufig Aufgenommener?
16.3451	Mo. Fraktion RL. Teuerung nur ausgleichen, wenn es eine Teuerung gibt

Herbstsession (12.9. – 30.9.16)

16.3749	Mo. Fraktion RL. Zukunft der Energie- und Klimapolitik. Bereinigung bestehender Systeme
16.3750	Po. Fraktion RL. Zukunft der Energie- und Klimapolitik. Neues Marktmodell zur Sicherung der Stromproduktion in der Schweiz
16.3751	Mo. Fraktion RL. Zukunft der Energie- und Klimapolitik. Flexibilisierung der neuen CO2-Gesetzgebung
16.3752	Mo. Fraktion RL. Gegen Doppelspurigkeiten im Datenschutz

Wintersession (28.11. – 16.12.16)

16.3985	Mo. Fraktion RL. Regulierungskontrollbehörde soll auch bestehende Regulierung überprüfen können
16.4002	Ip. Fraktion RL. Verkehrsperspektiven 2040. Wo bleibt die Digitalisierung im Referenzszenario?
16.4003	Ip. Fraktion RL. Digitalisierung. Datenstandort Schweiz nicht gefährden
16.4011	Mo. Fraktion RL. Digitalisierung. Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung

2015

Wintersession (30.11. – 18.12.15)

15.4137	Ip. Fraktion RL. Behördenkampagnen. Agenda und Hintergründe?
15.4138	Ip. Fraktion RL. Überflüssiges Programm Energieeffizienz in KMU

Bern, 16.02.2018